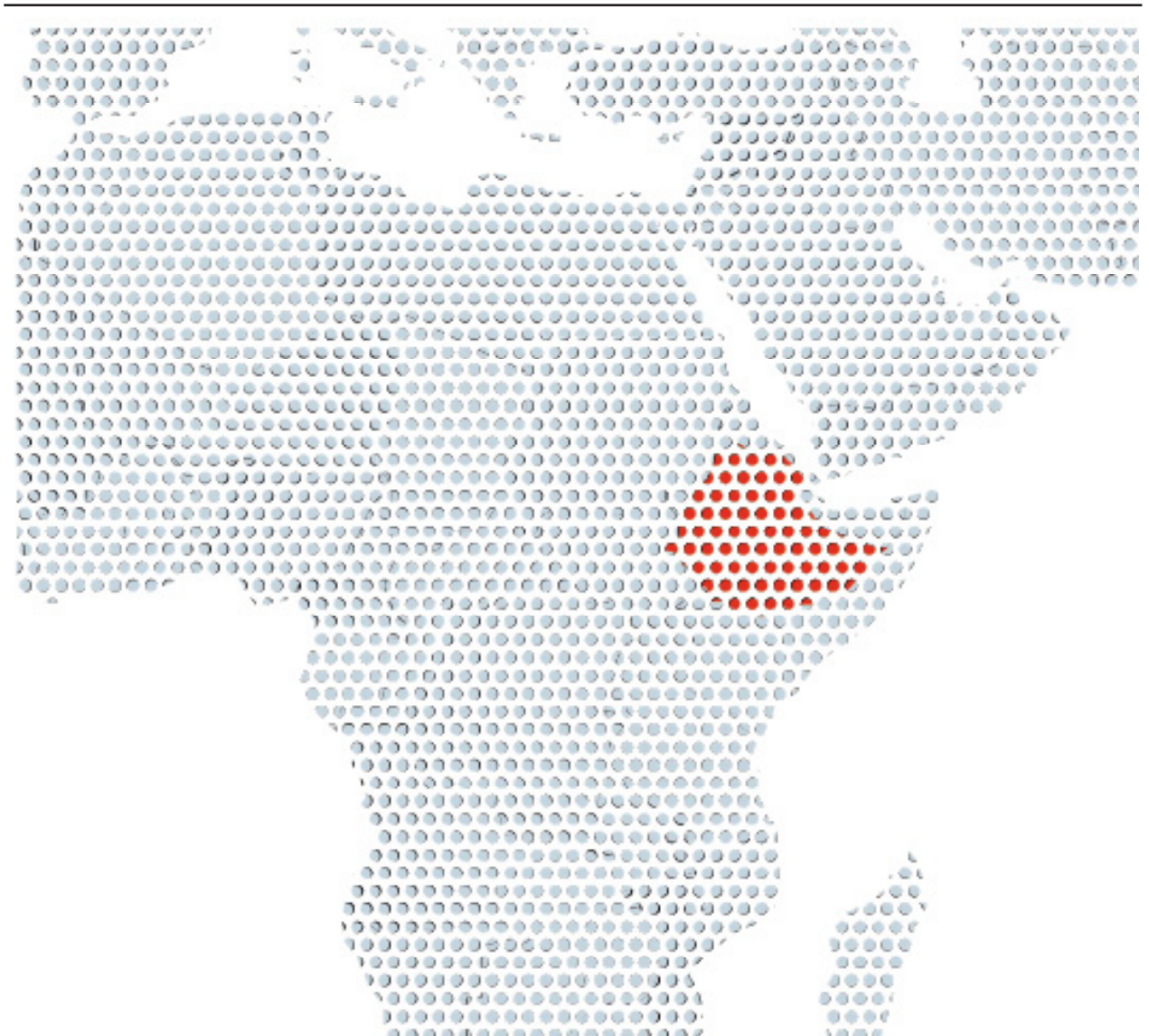


Äthiopien

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	5
Militärausgaben	7
Lokale Rüstungsindustrie	8
Streitkräftestruktur	9
Bewaffung der Streitkräfte	10
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	12
Polizei und andere Sicherheitskräfte	14

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	15
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	15
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	16
Innere Lage im Empfängerland	19
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	22
Bedrohung von Alliierten	24
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	25
Unerlaubte Wiederausfuhr	28
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	29

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Äthiopien

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant für Äthiopien, die Ukraine und Russland sind es bis heute. Darüber hinaus hat Äthiopien die militärische Kooperation mit China intensiviert. Deutschland ist kein bedeutender Rüstungsexporteur nach Äthiopien. Lieferungen umfassen vorrangig Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung.

Zwar verfügt Äthiopien schon seit dem frühen 20. Jahrhundert über eine lokale Rüstungsindustrie, die heute Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt und verfügt über eine Produktionslinie für Panzer. Dennoch importiert Äthiopien den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Seit einigen Jahren wird das Ziel verfolgt, diese Importabhängigkeit zu verringern.

Die Streitkräfte Äthiopiens gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Das äthiopische Militär besteht aus Heer, Luftwaffe, Sicherheitsabteilung, Polizei und einer Miliz. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden.

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in seiner Verantwortlichkeit. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch, 1974 kam es zum Putsch und der *Derg* (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die Strukturen waren durch die engen Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion stark sozialistisch geprägt. Politik und Gesellschaft militarisierten sich zunehmend und die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Nach dem Sturz des Derg-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. Das Verteidigungsministerium, einige Teilstreitkräfte und Sondertruppen unterstehen bis heute überwiegend Tigray-Offizieren, die bis 1994 der Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) angehörten, sowie Offizieren des Amhara National Democratic Movement (ANDM) – beides Parteien, die bis heute die EPRDF dominieren. In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen. Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den gesamten Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten, das allerdings nur sehr geringe Kontrolle ausübt. In allen neun Regionen des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (beispielsweise der Bundespolizei/dem Militär) aber nicht klar koordiniert oder abgestimmt ist.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, so beispielsweise dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963), dem Übereinkommen über Streumunition (2010) und dem jüngst international verabschiedeten Waffenhandelsabkommen (ATT).

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte, faktisch sind diese jedoch stark eingeschränkt. Auffallend sind insbesondere die Unterdrückung der Meinungs- sowie die Einschränkung der Pressefreiheit. Im Jahr 2013 war Äthiopien nach Eritrea das Land mit der höchsten Anzahl an inhaftierten Journalisten auf dem afrikanischen Kontinent.

Zu den großen internen Konflikten gehören die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung seit 2011 als terroristische Organisationen eingestuft werden. Zudem fürchtet Äthiopien aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamisten in Somalia den Übergriff des Terrors auf das eigene Land. Dabei geht die Angst des Staates vor Terrorismus mit einer zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produziert. Weitere Konfliktpotenziale stellen die häufigen Dürren sowie das Missmanagement vorhandener Ressourcen dar.

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia, die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen. Äthiopien gilt aufgrund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus.

Derzeit herrschen Grenzstreitigkeiten zwischen Eritrea und Äthiopien. Ein weiterer Konflikt besteht zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses. In Äthiopien befinden sich derzeit keine ausländischen Militäreinheiten, allerdings waren seit 2011 einige MQ-9 Reaper Drohnen der US-Armee auf äthiopischen Territorium stationiert, die Luftschläge gegen al-Qaida-nahe Netzwerke in Ostafrika flogen. Anfang 2016 wurden diese Drohnen-Operationen jedoch eingestellt, auf Bitte der äthiopischen Regierung. Äthiopien ist dem Antiterrorismusabkommen und der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 bislang nicht beigetreten. Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen reguliert. Nichtsdestotrotz ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem. Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Seit 2003 konnte es jedoch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von etwa 11 Prozent verzeichnen. Ein rasantes Bevölkerungswachstum, wiederkehrende Dürreperioden (zuletzt 2011), die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel stellen jedoch ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft dar. Seit dem Jahr 2010 verfolgt Äthiopien den Growth and Transformation Plan (GTP). Das langfristige Ziel: Mitte der 2020er Jahre soll Äthiopien ein „middle income country“ sein.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

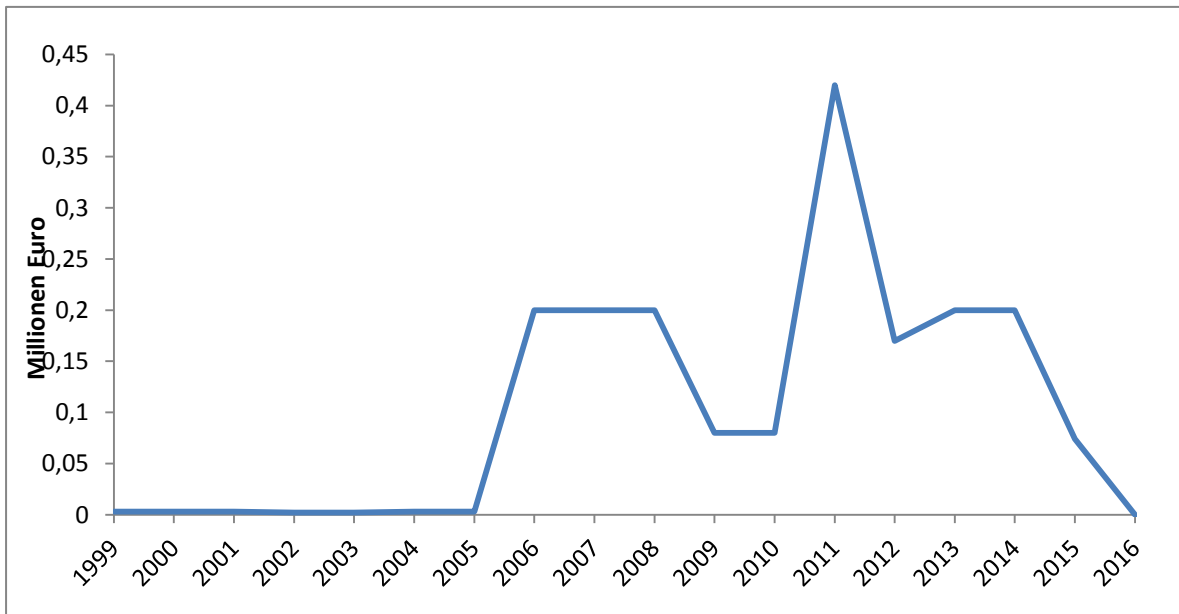
Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2015 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 90,2%	0,003 (DM)
2001	Revolver und Pistolen	0,003 (DM)
2002	Revolver und Pistolen	0,002
2004	Munition für Revolver und Pistolen	0,003
2006	Kommunikationsausrüstung	0,2
2007	(Ablehnungsentscheidung)	
2009	Splitterschutzschürzen: 100%	0,08
2011	Schutzbekleidung für das Räumen von Minen [Minenräumaktion]: 100%	0,42
2012	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 98,8%	0,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,2
2014	-	-
2015	LKW, Feldküchenanhänger und Teile für LKW: 98%	0,074
2016	-	-

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016



*Für die fehlenden Jahre wurde jeweils mit dem Wert des Vorjahres gerechnet.

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Äthiopien 2000-2016

Keine Angaben vorhanden.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein bedeutender Rüstungsexporteur nach Äthiopien. In den 1970er Jahren lieferte die Bundesrepublik einige Rüstungsgüter dorthin, beispielsweise eine Cessna-337 (1971) und zwei Do-28D Leichttransportflugzeuge (1975). Die DDR exportierte einige Jahre später vermutlich 60 T-54 (1979/80) sowie 50 T-55 Panzer (1989). Seit Ende der 1990er konzentrieren sich deutsche Rüstungsexporte nach Äthiopien vorrangig auf Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung. In den Jahren 2012 und 2013 erhielt die deutsche Botschaft dort Geländewagen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Äthiopien 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	193	153	33	10	5	393

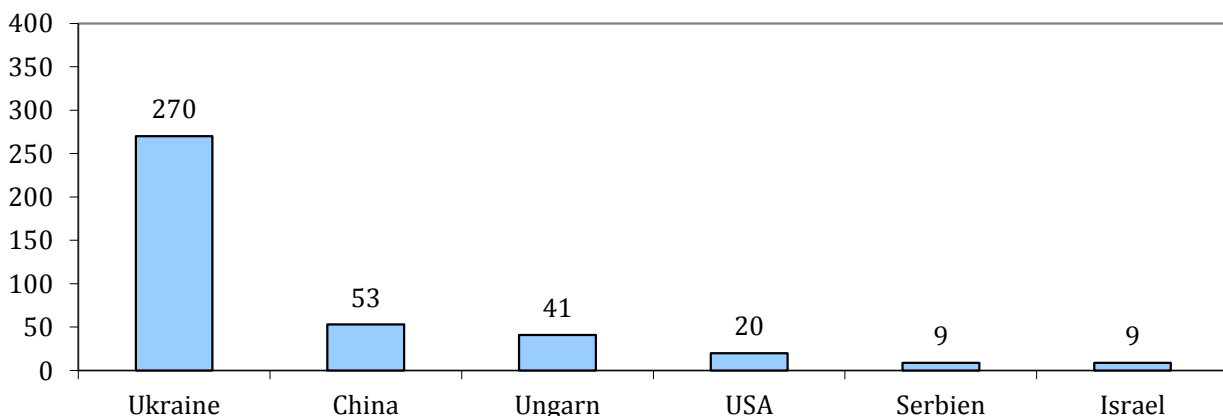
*Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr**Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>*

Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Äthiopien 2012-2016, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Äthiopien lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2012-2016, Mio. USD*Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr**Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php*

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Äthiopien im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 die 57. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant. Aus dieser Zeit stammen u.a. MiG-17/21/23 Kampfflugzeuge, Mi-24/Mi-6T/8T (Kampf-) Hubschrauber sowie hunderte Panzer vom Typ T-34/85, T-54, T-55 sowie T-62. An dieser Rolle änderte sich bis heute wenig: Dem UN-Waffenregister zufolge lieferte

Russland zwischen 1998 und 2004 21 Su-27, 2003/2004 vermutlich weitere acht Jagdflugzeuge dieses Typs und zehn Mi-24 Kampfhubschrauber sowie 2010 weitere acht Mi-8/Mi-17 (Kampf-) Hubschrauber. Äthiopien sucht zudem verstärkt die militärische Kooperation mit der VR China, die seit 2009 ebenfalls zu einem wichtigen Lieferanten wurde. 2012/2013 soll Äthiopien verschiedene Rüstungsgüter aus China erhalten haben, darunter u.a. zehn Schützenpanzer WZ-523 (Typ 05), zehn Truppentransporter YW 531 (Typ 85) sowie 75 BVR-Luft-Luft-Raketen. Wichtigster Lieferant im Zeitraum 2011 bis 2015 war jedoch die Ukraine. Dies ist insbesondere auf die Lieferung von 200 T-72B Panzern im Wert von über 100 Mio. US-Dollar zwischen 2011 und 2013 zurückzuführen. Als Zusatzausstattung wurden in den gleichen Jahren 1250 Panzerabwehrlenkwaffengeordert. Zusätzlich lieferte Serbien 2012 insgesamt 64 122-mm Haubitzen des Typs D-30.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

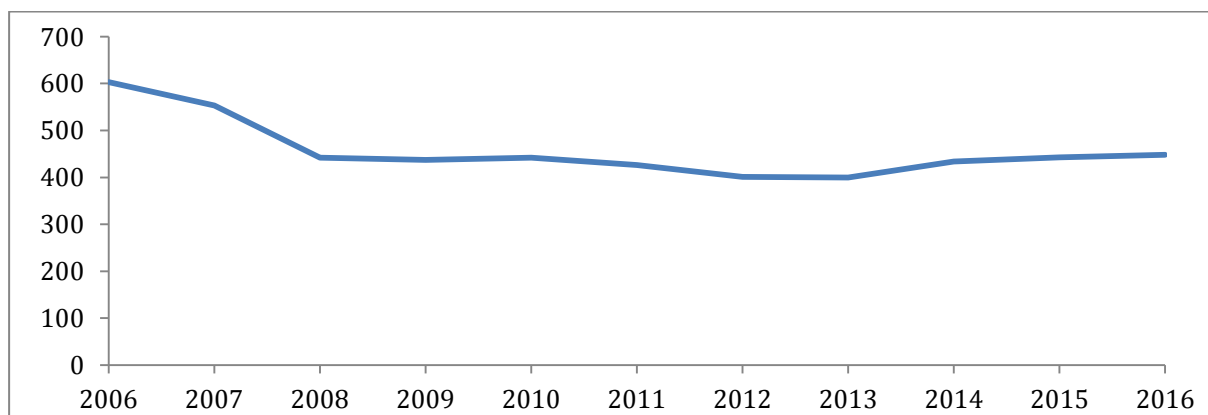
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	401	400	434	443	448
Anteil am BIP (in Prozent)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	5,2	4,5	4,4	4,0	3,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

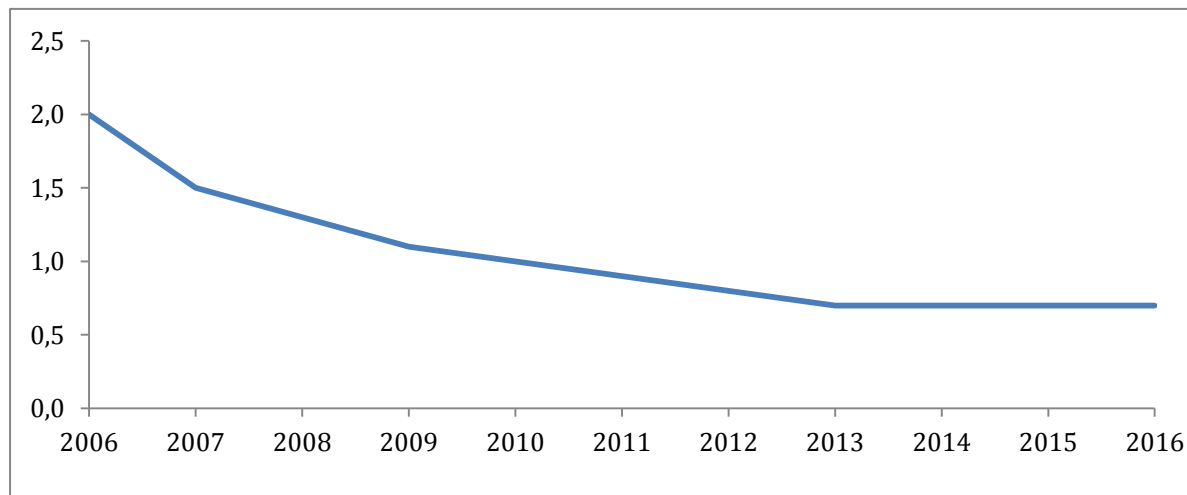


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Äthiopien importiert den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Trotzdem verfügt das Land schon seit dem frühen 20. Jahrhundert auch über eine lokale Rüstungsindustrie, die Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt. Seit einigen Jahren gibt es zudem eine Produktionslinie für Panzer. Insbesondere während der Militärjunta des Derg Regimes (1974 bis ca. 1990) wurde die Rüstungsindustrie massiv durch die Sowjetunion und teilweise auch durch Nordkorea unterstützt. Nach dem Fall des Derg-Regimes 1987 wurden die äthiopischen Streitkräfte als Äthiopische Nationalverteidigungskräfte (Ethiopian National Defence Force, ENDF) neu gegründet. Sie traten das Erbe einer großen, aber äußerst ineffizienten Rüstungsindustrie an, die um die Jahrtausendwende aus acht Militärfabriken bestand, die Waffen und Fahrzeugen generalüberholen, Flugzeuge reparieren, Uniformen und andere Ausstattung herstellen sowie unbemannte Fahrzeuge bauen konnte. Im Jahr 2009 erklärte der damalige Premierminister Meles Zenawi, die Waffenproduktion im eigenen Land fördern zu wollen, um unabhängiger von Rüstungsimporten zu werden und auf diese Weise die Verteidigungsausgaben zu senken. Zuvor dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt, wurde der Sektor 2010 durch die Verordnung Nr. 183/2002 des äthiopischen Ministerrates als „Metals and Engineering Corporation“ (MetEC) in ein öffentliches Industrieunternehmen in Regierungsbesitz umgewandelt. MetEC umfasst 12 große Unternehmen sowie weitere kleinere, ist sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich tätig und hat zum Ziel, industrielle Entwicklung zu erreichen. Obwohl eines der Ziele dieser Umstrukturierung die Realisierung des Growth and Transformation Plans (GTP) ist, liegt die faktische Kontrolle weiterhin überwiegend beim Verteidigungsministerium. Die inländische Produktion von unbemannten Fahrzeugen, der Be-

reich militärischer Telemedizin sowie die Entwicklung von Informationssicherheit haben sich als besonders fortschrittlich erwiesen. Im Februar 2013 wurde bekannt, dass Äthiopien erstmals eine Drohne produzierte, überwiegend für Überwachungszwecke.

MetEC ist zudem in der Lage eine Vielzahl von Waffensystemen wie Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge oder Hubschrauber zu modernisieren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Rüstungsindustrie in die gesamtstaatliche wirtschaftliche Entwicklung zu integrieren. Bislang versorgt MetEC den äthiopischen Markt mit Produkten wie Sendemasten für Kommunikation sowie Teilen für Gleisanlagen und Transformatoren für Kraftwerke. Auch die selbstständige Produktion von Autos für den zivilen Markt strebt MetEC an. Das zur MetEC gehörende Unternehmen Hibret Machine Tools produziert beispielsweise neben einzelnen Waffen auch Werkzeuge, Krankenhausbetten und Büromöbel. Berichte gehen davon aus, dass durch den Zusammenschluss der Unternehmen nicht nur wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, sondern auch 20.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Zukunft soll nicht nur der heimische, sondern auch der gesamtafrikanische Markt versorgt werden. Diplomatisches Personal soll dazu die Kontakte nutzen, um für äthiopische Produkte zu werben.

Alles in allem sind die Pläne der Regierung, mit MetEC einen neuen Wachstumsmotor für die heimische Industrie aufzubauen, sehr ambitioniert. Realistisch betrachtet wird es noch Jahre dauern, bis dieser Prozess vollständig in Gang gesetzt ist.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

138.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 135.000

Marine: -

Luftwaffe: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	138	138	138	138	138	138	138	138	138
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	1,67	1,63	1,58	1,54	1,5	1,47	1,47	1,42	1,39

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Das äthiopische Militär besteht aus Heer, Luftwaffe, Sicherheitsabteilung, Polizei und einer Miliz. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden. Die Streitkräfte des Landes gehören zu den Stärksten und Effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Die 1987 neu gegründeten Äthiopischen Nationalverteidigungskräfte durchliefen seither zwei umfangreiche DDR-Programme (1992-1995 und 2001-2003), die die Entwaffnung, Demobilisation und Reintegration zahlreicher früherer Kämpfer zur Folge hatten. Zwischen 1991 und 1998 sank der personelle Umfang des Heeres von 500.000 auf 60.000. Durch den Krieg mit Eritrea zwischen 1998 und 2000 stieg die Anzahl der Soldaten jedoch wieder auf 352.500. Nach dem zweiten DDR-Programm umfasst die Armee seit 2007 138.000 aktive Soldaten. Die USA unterstützen die Streitkräfte bei der Ausbildung und beim Ausbildungsmanagement, insbesondere für Friedensmissionen, Antiterroroperationen und die medizinische Versorgung. Aufgrund zahlreicher Konflikte in der Region verfügen Heer und Luftwaffe über viel Kampferfahrung, sodass sie gegenwärtig einen wichtigen Beitrag zu UN-Missionen in Darfur und im Südsudan leisten können. Seit Januar 2014 beteiligt sich Äthiopien (erneut) mit rund 4.400 Soldaten im Rahmen der AU-Mission AMISOM in Somalia. Ausbildung und Beratung erhält Äthiopien neben den USA, zu denen es enge Beziehungen pflegt, auch aus China und Israel. Insgesamt verfügt das äthiopische Militär über ausreichende Kapazitäten, um die Sicherheit am Horn von Afrika und auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aktiv mitzugestalten. Seine Schlagkraft haben die Streitkräfte mehrfach in Somalia im Kampf gegen die Union islamischer Gerichte (UIC) unter Beweis gestellt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 461	
Schützenpanzer, Aufklärer, gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 420	
Bergepanzer	4	
Pionierpanzer	Einige	
Artillerie	Mehr als 524	
Panzerabwehr	Einige	AT-3 Sagger; AT-4 Spigot; AT-14 Spriggan
Luftabwehr	Einige	SA-2 Guideline; SA-3 Goa; SA-7 Grail

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Das Heer umfasst 135.000 aktive Soldaten. Unterstützung in der Ausbildung der Streitkräfte und beim Ausbildungsmanagement erhält Äthiopien insbesondere von Seiten der USA, mit Schwerpunkt auf Friedensmissionen, Antiterroroperationen und medizinischer Versorgung. Aufgrund zahlreicher Konflikte in der Region verfügen Heer und Luftwaffe über viel Kampferfahrung, sodass sie einen wichtigen Beitrag zu UN-Missionen in Darfur und im Südsudan leisten können. Rund die Hälfte der äthiopischen Landstreitkräfte ist an der Grenze zu Eritrea stationiert und weitere fünf bis acht Prozent in Somalia, während die übrigen Soldaten in UN-Missionen oder inneren Operationen eingesetzt werden.

Äthiopien erweiterte seine Waffenbestände insbesondere im Krieg mit Eritrea (1998-2000), vor allem um T-55 Kampfpanzer sowie Artillerieausstattung wie BM-21 122m Geschosswerfer und 122 mm D-30 Haubitzen. Gegenwärtig verfügt das äthiopische Heer über hunderte schwere Kampfpanzer, die größtenteils auch einsatzfähig sind. Hierbei handelt es sich zum Teil um modernisierte Panzer, unter anderem um im Jahr 2012 gelieferte ukrainische 99 T-72. Dieses Geschäft erfolgte im Rahmen eines Einkaufs in Höhe von 100 Mio. US-Dollar, als zwischen 2011 und 2013 200 T-72B Panzern aus der Ukraine erworben wurden.

Tabelle 8**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	
Abfangjäger	15	
Transportflugzeuge	12	
Ausbildungsflugzeuge	16	
Kampfhubschrauber	18	
Mehrzweckhubschrauber	7	
Mehrzweckhubschrauber/Transporthubschrauber	12	
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die äthiopische Luftwaffe verfügt größtenteils über eine weitestgehend intakte und relativ neue Ausstattung, die sowohl im Inland als auch im Ausland einsatzfähig ist. Allerdings sind in jüngster Vergangenheit einige Flugzeugunglücke äthiopischer Militärfahrzeuge registriert worden, so zuletzt im August 2013 am Flughafen von Mogadishu,

als eine veraltete Antonov An-24 abstürzte. Der Bestand der Luftwaffe stammt überwiegend aus Zeiten der Sowjetunion und seit 1990 aus ukrainischer und russischer Produktion, so zum Beispiel auch die zurzeit des Grenzkrieges mit Eritrea zwischen 1998 und 2002 angeschafften, damals modernen, Kampfflugzeuge und gerüsteten Hubschrauber.

Äthiopiens Luftwaffe verfügt vor allem über in der Sowjetunion entwickelte Maschinen wie die MiG-21, die Su-27 oder Hubschrauber der Firma Mil, beispielsweise die Mi-8 oder Mi-24. Hinzu kommt auf dem Papier eine beachtliche Zahl an Jagd-, Abfang-, Transport- und Ausbildungsflugzeugen sowie mehrere Dutzend Helikopter. Möglicherweise wird der Bestand künftig um einige Su-30 (MK/K) Flugzeuge ergänzt, an denen Äthiopien im Sommer 2013 Interesse geäußert hat. Dazu gibt es bisher keinen weiteren Informationen. Auch China scheint ein möglicher Zulieferer der Luftwaffe werden zu können: in Zukunft könnte die alternde Flotte der L-39C Albatros Maschinen durch chinesische Hongdu K-8 Leichtflugzeuge ersetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Mi-24 Hubschrauber ist nicht bekannt, spekuliert wird allerdings über den Austausch mit Harbin Z-9W Hubschraubern.

In den vergangenen Jahren hat die britische Royal Air Force die Auswahl und Ausbildung von Piloten unterstützt. Die äthiopische Luftwaffe selbst trainiert auch Piloten aus anderen Staaten für Kampfflugzeuge, Helikopter und Passagierflugzeuge.

Box 2

Peacekeeping

Elfenbeinküste (UNOCI): 2 Beobachter

Liberia (UNMIL): 2 Soldaten; 3 Beobachter

Somalia (AMISOM): 4395 Soldaten

Südsudan (UNMISS): 1267 Soldaten; 10 Beobachter

Sudan (UNAMID): 2537 Soldaten; 11 Beobachter

Sudan (UNISFA): 4371 Soldaten; 78 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Äthiopien ist der größte afrikanische Truppensteller für UN-Friedensmissionen und derzeit maßgeblich im Sudan, aber auch an militärischen Operationen in Somalia beteiligt. So beteiligt sich das Land seit Januar 2014 mit rund 4.400 Soldaten an der AU-Mission AMISOM in Somalia.

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in der Verantwortlichkeit der Streitkräfte. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1974 gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch; al-

lerdings begannen sich die Streitkräfte schon ab Ende der 1960er Jahre zusehends zu radikalisieren. 1974 kam es zum Putsch und der Derg (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte.

Die Hierarchie des Militärs spiegelte die Zusammensetzung der Gesellschaft wider: Angehörige der politischen Elite stellten hauptsächlich die Offiziere, während große Teile der Mannschaftsdienstgrade aus den armen Bevölkerungsschichten rekrutiert wurden. Die Bevölkerung Äthiopiens war in dieser Zeit zahlreichen politischen motivierten Übergriffen ausgesetzt. Ein einschneidendes Erlebnis war die Phase des „Red Terrors“ (auch: Qey Shibir) zwischen 1977 und 1978, während der hunderttausende Menschen durch die kommunistische Militärdiktatur („Derg“) unter Mengistu Haile Mariams gefoltert und ermordet wurden. In der Gesellschaft ist die negative Rolle des Militärs zu dieser Zeit tief verankert.

Nach dem Sturz des Derg-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. So löste die EPRDF Armee und Sicherheitskräfte zunächst auf, um die Streitkräfte neu zu formieren. Die so entstandenen äthiopischen Streitkräfte (ENDF) sind zwar in weiten Teilen eine multiethnische Truppe. Über 90 Prozent aller Offiziere sind TPLF-Mitglieder und entstammen dem Volk der Tigray, das jedoch nur etwa sechs Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Die Verfassung verbietet seit 1994 Militärs, einer politischen Partei anzugehören. In der Praxis hat sich diese Bestimmung jedoch nicht durchgesetzt. Meles Zenawi (TPLF) war bis 2012 zugleich Premierminister und Kommandeur der Armee. Nach seinem Tod im gleichen Jahr übernahm mit Hailemariam Desalegn der Führer der Regierungspartei Southern Ethiopian People's Democratic Movement (SEPDM) das Amt des Premiers. Desalegn ist der erste Premierminister, der nicht aus dem Militär stammt und dadurch über weniger Rückhalt im Militär und im Sicherheitsrat verfügt.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen. Gegen die 1984 gegründete Ogaden National Liberation Front (ONLF), deren Ziel die Abspaltung von Äthiopien ist, führt das Militär seit Jahren einen brutalen Antiterrorkampf, der seit 2007 blutig eskaliert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Ogaden-Befreiungsfront und der äthiopischen Armee forderten nicht nur Menschenleben, sondern hemmten jede Entwicklung in Äthiopien und Somalia. Im September 2012 hatten die Regierung und die ONLF kurzzeitig Friedensverhandlungen aufgenommen, um den seit mehreren Jahrzehnten andauernden Konflikt zu beenden. Diese scheiterten jedoch bereits im Oktober 2012.

Auch gegen andere politische Oppositionelle geht das Militär mit Gewalt vor. Im Jahr 2005 kam es zu rund 200 Toten, als das Militär gewaltsam gegen eine Antiregierungsdemonstration vorging. Zahlreiche Oppositionsführer wurden verhaftet und politische Rechte erheblich eingeschränkt. Verfolgungen, Folter und willkürliche Verhaftungen durch das Militär schüchtern die Bevölkerung ein und halfen die Macht des Regimes zu stabilisieren. Anhaltende Repressionen sind in Äthiopien alltäglich und kommen nicht nur im Vorfeld von Wahlen vor. Laut Amnesty International wurden alleine zwischen 2011 und 2014 über 5000 Mitglieder der Oromo Ethnie inhaftiert, weil sie angeblich in Opposition zur Regierung stehen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten, das allerdings nur sehr geringe Kontrolle ausübt. In allen neun Regionen des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aber nicht klar koordiniert ist. Auch hier mangelt es an Kontrolle seitens übergeordneter Institutionen. Äthiopiens Sicherheitskräfte arbeiten in Bezug auf ihre Sicherheitsaufgaben effektiv, bedienen sich allerdings oftmals gewaltsamer, rechtswidriger Methoden. So müssen insbesondere führende Oppositionspolitiker und Geschäftsmänner aus der Region Oromo sowie deren Angehörige immer wieder mit Verhaftungen durch Sicherheitskräfte rechnen. Sie werden oft lange ohne Anklage in Haft gehalten.

Insbesondere seit Einführung des Antiterrorgesetzes im Jahr 2009 veranlassen die Streitkräfte immer wieder monatelange Haft von Verdächtigen mit der Begründung, die Staatssicherheit sei gefährdet. Die Straffreiheit der Sicherheitskräfte führt zu einer erheblichen Missachtung der Menschenrechte. In Polizeistationen und Gefängnissen kommt es immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen in Form von Misshandlungen, Folter und Verweigerung von Grundbedürfnissen. Die sechs bundesstaatlichen und 120 regionalen Gefängnisse verfügen größtenteils über schlechte sanitäre und medizinische Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur begrenzt verteilt. Unverhältnismäßige Gewalt wird insbesondere gegen Oppositionelle sowie die muslimische Gemeinschaft in Äthiopien angewandt. In den Regionen Oromia und Amhara kamen im Jahr 2013 durch den Einsatz von Polizeiwaffen mehrere Personen ums Leben.

Zusätzlich zu den Sicherheitsdiensten gibt es den äthiopischen Geheimdienst, der 1994/95 als Security, Immigration and Nationality Affairs Authority gegründet und 2006/07 in National Intelligence and Security Service (NISS) umbenannt wurde. Im Juli 2013 gab die Regierung bekannt, den Geheimdienst zum Schutze der äthiopischen Verfassung und Souveränität sowie der nationalen und internationalen Interessen modernisieren und stärken zu wollen. Die vorgesehenen Veränderungen erweitern die Befugnisse des NISS, der dann dem Premierminister unterstellt sein wird, erheblich. Die Institution soll innerhalb und außerhalb Äthiopiens tätig sein und insbesondere in Anti-Terrormaßnahmen eingebunden werden.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, so beispielsweise dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963) und dem Übereinkommen über Streumunition (2010). Auch dem jüngst international verabschiedeten Waffenhandelsvertrag (ATT) ist Äthiopien bis jetzt noch nicht beigetreten. Die Regierung hat bis heute noch nicht ihre Bereitschaft signalisiert, den Vertrag zu ratifizieren.

Gegen Äthiopien sind derzeit weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016**

Ethiopia is officially a federal republic. The ruling Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front (EPRDF), a coalition of four ethnically based parties, controls the government. In May 2015 elections the EPRDF and affiliated parties won all 547 House of People's Representatives seats to remain in power for a fifth consecutive five-year term. In October 2015 parliament elected Hailemariam Desalegn as prime minister. Government restrictions severely limited independent observation of the vote. A mission from the African Union, the sole international institution or organization permitted to observe the voting, called the elections "calm, peaceful and credible." Some non-governmental organizations (NGOs) reported an environment conducive to free and fair elections was not in place prior to the election. There were reports of unfair government tactics, including intimidation of opposition candidates and supporters, and violence before and after the election that resulted in six confirmed deaths. Civilian authorities at times did not maintain control over the security forces, and local police in rural areas and local militias sometimes acted independently.

Security forces used excessive force against protesters throughout the year, killing hundreds and injuring many more. At year's end more than 10,000 persons were believed still to be detained. This included persons detained under the government-declared state of emergency, effective October 8. Many were never brought before a court, provided access to legal counsel, or formally charged with a crime. On June 10, the government-established Ethiopian Human Rights Commission (EHRC) reported and presented to parliament a summary of its report. The EHRC counted 173 deaths in Oromia, including 28 of security force members and officials, and asserted that security forces used appropriate force there. The EHRC also asserted Amhara regional state special security had used excessive force against the Kemant community in Amhara Region. On August 13, the international NGO Human Rights Watch (HRW) reported an estimate that security forces killed more than 500 protesters. In October the prime minister stated the deaths in Oromia Region alone "could be more than 500." The UN High Commissioner for Human Rights requested access to Oromia and Amhara regions, which the government refused. Following dozens of deaths at a religious festival in Bishoftu on October 2, groups committed property damage. On November 9, international NGO Amnesty International reported more than 800 persons were killed since November 2015. The most significant human rights problems were security forces' use of excessive force and arbitrary arrest in response to the protests, politically motivated prosecutions, and continued restrictions on activities of civil society and NGOs. Other human rights problems included arbitrary killings; disappearances; torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest, detention without charge, and lengthy pretrial detention; a weak, overburdened judiciary subject to political influence; infringement on citizens' privacy rights, including illegal searches; a lack of participatory consultations and information during the implementation of the government's "villagization" program; restrictions on civil liberties including freedom of speech and press, internet freedom, academic freedom and of cultural events, and freedom of assembly, association, and movement; interference in religious affairs; only limited ability of citizens to choose their government; police, administrative, and judicial corruption; restrictions on activities of civil society and NGOs; violence and societal discrimination against women; female genital mutilation/cutting; abuse of children; trafficking in persons; societal discrimination against persons with disabilities, persons based on their gender identity and sexual orientation, and persons with HIV/AIDS; societal violence including violence based on ethnicity, property destruction, and the killing of security force members; and limits on worker rights, forced labor, and child labor, including forced child labor.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>*

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017

Prolonged protests over political, economic, social and cultural grievances were met with excessive and lethal force by police. The crackdown on the political opposition saw mass arbitrary arrests, torture and other ill-treatment, unfair trials and violations of the rights to freedom of expression and association. On 9 October, the government announced a state of emergency, which led to further human rights violations.

Quelle: Amnesty International Report 2016/2017: <https://www.amnesty.org/en/countries/africa/ethiopia/>

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Äthiopien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 6

Politische Rechte: 7

Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017

Ethiopia is an authoritarian state ruled by the Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF), which has been in power since 1991 and currently holds every seat in Parliament. Multiple flawed elections, including most recently in 2015, showcased the government's willingness to brutally repress the opposition and its supporters, journalists, and activists. Muslims and members of the Oromo ethnic group have been specifically singled out. Perceived political opponents are regularly harassed, detained, and prosecuted—often under the guise of Ethiopia's deeply flawed Anti-Terrorism Proclamation. The 2009 Charities and Societies Proclamation drastically impeded the activities of civil society groups.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/ethiopia>

Kommentar

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte, die faktisch aber sehr stark eingeschränkt werden. Auffallend sind dabei insbesondere die Unterdrückung der Meinungs- sowie die Einschränkung der Pressefreiheit. Die Medienlandschaft wird von staatseigenen Unternehmen dominiert, sodass die meisten Tageszeitungen als regierungsnah gelten. Freie Berichterstattung wird im Namen der Nationalen Sicherheit behindert. Im Jahr 2013 war Äthiopien nach Eritrea das Land mit der höchsten Anzahl an inhaftierten Journalisten auf dem afrikanischen Kontinent. Auch die Nutzung von Internetprogrammen und sozialen Netzwerken ist beeinträchtigt, im öffentlichen Raum besteht eine Atmosphäre der Angst, in der selten Kritik gegenüber der Regierung ausgesprochen wird.

Eine parlamentarische politische Opposition existiert de facto nicht, da die EPRDF-Koalition über 546 der 547 Sitze verfügt. Außerhalb des Parlaments wird Opposition unterdrückt. Die Verfassung garantiert zwar das Versammlungsrecht, in der Praxis ist es jedoch limitiert. So wurden zwar erstmals seit 2005 im Juni 2013 friedliche Demonstrationen von der Regierung zugelassen, allerdings wurden im selben Jahr zahlreiche Mitglieder der Oppositionsparteien ohne Anklage verhaftet und festgehalten. Oftmals werden auch akademische Einrichtungen und wissenschaftliche Vertreter beschuldigt, die Interessen der Opposition zu vertreten. Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass in Bezug auf die Menschenrechtslage große Fortschritte bei den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten zu verzeichnen sind. Problematisch bleibt die Lage hinsichtlich

der bürgerlichen und politischen Menschenrechte. Auch die religiöse Freiheit ist laut Verfassung zwar gegeben, in der Praxis aber beeinträchtigt: Insbesondere die muslimische Gemeinschaft im Land sieht sich zunehmenden Diskriminierungen ausgesetzt. Andere gesellschaftliche Gruppen, die Unterdrückung erfahren, sind die Oromo und ethnische Somalis sowie Homosexuelle, da Homosexualität strafbar ist. Justiz und Sicherheitskräfte stehen unter starker Beeinflussung der Regierung. Insbesondere das Antiterrorgesetz von 2009 gibt diesen Institutionen großen Freiraum, Personen bis zu vier Monate ohne Anklage festzuhalten. Sowohl das Antiterrorgesetz als auch das Strafgesetz sehen noch immer die Todesstrafe vor, die seit 1991 zweimal verhängt wurde, zuletzt 2007. In den Polizeistationen und Gefängnissen des Landes werden die Menschenrechte in erheblichem Maße verletzt, so gibt es regelmäßige Berichte über Folter und die Verweigerung von Grundbedürfnissen. Im Gegensatz zu der bürgerlich-politisch prekären Menschenrechtslage sind in der Vergangenheit jedoch Fortschritte im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte festzustellen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2017)

Entsprechend der 1995 in Kraft getretenen Verfassung ist Äthiopien ein demokratischer Bundesstaat. Die Grenzen der Regionalstaaten orientieren sich an ethnischen, sprachlichen und Siedlungsgrenzen. Die Einführung eines föderalen Systems bedeutete eine Abkehr von der Tradition starker Zentralisierung und der früheren Dominanz der Volksgruppe der Amhara. Auf allen administrativen Ebenen werden regelmäßig Wahlen durchgeführt, zu denen Oppositionsparteien zwar zugelassen werden, jedoch faktisch in ihren Handlungsoptionen stark eingeschränkt sind. Die Unabhängigkeit der Justiz ist verfassungsmäßig verankert, dennoch kommt es regelmäßig zu massiven Einschränkungen von Rechtsstaatlichkeit, zuletzt durch die Erklärung und Verlängerung des Ausnahmezustandes vom 09.10.2016 auf eine Dauer von insgesamt 10 Monaten. Für diesen Zeitraum kann die Staatsgewalt uneingeschränkt als verdächtig geltende Personen festnehmen. Weitere in der Verfassung garantierte Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind außer Kraft gesetzt. Per Dekret wurden Kompetenzen der Bundesstaaten zentralisiert, vor allem im Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit. Der Präsident hat eine weitgehend repräsentative Rolle und darf keiner Partei angehören. Die politische Macht liegt beim Premierminister, der die Exekutive leitet, dem Ministerrat vorsitzt und die Streitkräfte befiehlt. Mit Verhängung des Ausnahmezustandes am 09.10.2016 wurde ein "command post" unter Führung des Premierministers eingerichtet, welcher nun als zentrales Exekutivorgan über weitreichende Kompetenzen verfügt. Dominierende politische Kraft ist die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF), die sich aus vier Parteien zusammensetzt, der Tigray People's Liberation Front (TPLF), der Amhara National Democratic Movement (ANDM), der Oromo Peoples' Democratic Organisation (OPDO) und der Southern Ethiopian Peoples' Democratic Movement (SEPDM). Die Opposition ist ideologisch, ethnisch und regional breit gefächert und gilt nach den Ereignissen nach den Parlamentswahlen 2015 weiterhin als geschwächt. Ihr Handlungsspielraum ist im Vorfeld der nationalen und regionalen Parlamentswahlen am 24.05.2015 weiter eingeschränkt worden. Die Absicht der Oppositionsparteien, durch Allianzen und Vereinigungen an Stärke zu gewinnen und zumindest eine stärkere Prä-

sens in den Parlamenten auf nationaler und regionaler Ebene zu erreichen, konnte im repressiven Vorwahlklima kaum realisiert werden. Neben der legalen politischen Opposition gibt es militante "Befreiungs"-Bewegungen, die im Juni 2011 vom äthiopischen Parlament als terroristische Organisationen gelistet wurden. Dazu zählen u.a. Ginbot 7, die Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia und Teile der Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region, die sich nicht am Friedensabkommen mit der Regierung im Oktober 2010 beteiligt haben.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/aethiopien-node/-/209758>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden (je höher die Einstufung, desto korrupter ist das Land), liegt Äthiopien zusammen mit der Elfenbeinküste, Algerien, Ägypten und Guyana auf Platz 108 (2015: Platz 103). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Seinem laut Verfassung demokratischen Charakter wird Äthiopien nur sehr eingeschränkt gerecht. Es ist ein Bundesstaat mit neun Verwaltungsregionen sowie zwei unabhängigen Städten und umfasst rund 80 ethnische Gruppen und mehr als 80 Sprachen. Die größten ethnischen Gruppen stellen die Omoros (32,1 Prozent) und die Amharen (30,1 Prozent) sowie die Tigriner (6,2 Prozent) und Somalis (5,9 Prozent). Die schlechte Menschenrechtssituation und innenpolitische Spannungen im Land bergen zahlreiche Konfliktpotenziale. Zu den großen internen Konflikten gehören die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung seit 2011 als terroristische Organisationen eingestuft werden. In den vergangenen Jahren intensivierten sich die Unruhen in der Oromia-Region. Im Zuge der Unruhen wurden insgesamt rund 20.000 Personen verhaftet.

Konflikt mit der Somali-Region Ogaden

Ende November 2015 kam es in der Region Oromia zu Massendemonstrationen in einigen Städten. Die Proteste haben sich mittlerweile in der ganzen Region, bis ins unmittelbare Umfeld der Hauptstadt Addis Abeba, ausgeweitet.

Abgesehen davon kommt es vor allem in den Randgebieten des Landes immer wieder zu Unruhen. In der Somali Region (Ogaden) im Osten, führt die äthiopische Armee bewaffnete Einsätze gegen Mitglieder der ONLF durch. Der bewaffnete Konflikt zwischen dem äthiopischen Staat und der überwiegend von Somali bewohnten Region Ogaden besteht seit über fünf Jahrzehnten und hat seine Ursprünge noch vor der Kolonialzeit. Gehörte die Region seit Ende des 19. Jahrhunderts zum heutigen Äthiopien, so verschob sich insbesondere mit dem zunehmenden Einfluss europäischer Kolonialherren ab Beginn des 20. Jahrhundert die Zugehörigkeit der Ogadenregion: Sowohl der Staat Äthiopien als auch Somalia erhoben Anspruch auf die Region. Die Bewohner von Ogaden sind größtenteils (äthiopische) Somali, die dem Klan der Ogadeni-Darod angehören. Die seit Mitte des 20. Jahrhunderts bestehenden Bestrebungen der Somali in Äthiopien gemein-

sam mit dem Nachbarstaat ein Großsomalien zu errichten führten zu einem bis heute anhaltenden, jahrzehntelangen Widerstand gegen Addis Abeba. Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzungen war der Ogadenkrieg 1977/78. Im Jahr 1993 erreichte die Region die Etablierung des Somali National Regional State (SNRS), der als autonome Region alle somalisprachigen Gebiete des Ogadengebiets umfasst und unter anderem den Gebrauch der Sprache in öffentlichen Einrichtungen sowie die Wahl politischer Vertreter gewähren sollte. Die Erwartungen an die neue Verfassung, die 1995 in Kraft trat, wurden jedoch enttäuscht. So kam es in der Folgezeit erneut zum bewaffneten Aufstand durch die separatistische Gruppierung Ogaden National Liberation Front (ONLF), die sich seit 1991 entwickelt hatte. Diese Miliz verfolgt bis heute das Ziel, die Unabhängigkeit der Ogaden zu erreichen. Seit 2007 nahm die Gewalt zu, beispielsweise in Form von Anschlägen auf Militäreinrichtungen oder Ölförderanlagen. Seit 2011 bezeichnet die Regierung die ONLF als Terrororganisation. Zuletzt führten die äthiopische Regierung und die ONLF 2012 Gespräche in Kenia, die allerdings ohne Ergebnis endeten. Im Oktober 2013 verübte die ONLF eine Reihe von Attentaten auf das äthiopische Militär, bei denen insgesamt 24 Soldaten starben. Im Juni 2014 wurden zwei ONLF-Vertreter in Kenia entführt und an Äthiopien ausgeliefert. Sie saßen dort bis Juni 2015 in Haft.

Konflikt mit der Region Oromia

Die Region Oromia ist eine weitere der neun Verwaltungsregionen in Äthiopien. Hier kämpft die Oromo Liberation Front (OLF) seit 1973 für die Unabhängigkeit der Oromo, einer ethnischen Gruppe, die sich teils durch den Staat diskriminiert und benachteiligt sieht. Die Oromo stellen mindestens 32 Prozent der Bevölkerung Äthiopiens und sind damit die größte ethnische Gruppe des Landes. Der OLF werden Massaker und Terrorakte in Äthiopien, Kenia und Somalia vorgeworfen, die die Bewegung allerdings abstreitet. Der Widerstand gegen die Regierung in Addis Abeba wird heute als weitgehend erfolglos zu bewerten.

Es bestehen zudem Grenzstreitigkeiten zwischen der Somali-Region und Oromia.

Mangelhaftes Ressourcenmanagement

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Äthiopien wird vermehrt durch wiederkehrende Perioden von Dürre und Hunger gefährdet. Seit einigen Jahren kommt es insbesondere im Norden zwischen Angehörigen der Afar, Oromo und Argobba sowie im Süden zwischen den Ogaden, Gambella und Benishangul-Gumuz zu Auseinandersetzungen um Grenzen, Land und Wasser. Dabei ist die Nutzung von vorhandenem Land und Wasser als wenig nachhaltig zu bezeichnen: Landflächen werden zunehmend an internationale Investoren verkauft, die die Erträge auf den Export – beispielweise nach Europa oder auf die arabische Halbinsel – ausrichten; der Umgang mit Wasser ist von einem verheerenden Missmanagements durch Politik und Wirtschaft geprägt. Zwar verfügt Äthiopien über reichliche Wasserressourcen (Lage am Blauen Nil), doch hat nur ein Viertel der ländlichen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gründe hierfür sind zum einen die klimatischen Verhältnisse (Dürren), zum anderen die Politik. So fehlt es unter anderem an einer umfassenden Wasserinfrastruktur und ausreichend Bewässerungsmöglichkeiten für Landwirte. Auf diese Weise wird eine Ressourcenknappheit angeheizt, die soziale Konflikte zwischen den Menschen schürt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Äthiopien liegt im Osten Afrikas und wird von sechs Nachbarstaaten umschlossen. Im Norden grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan und Südsudan, im Süden an Kenia und im Osten an Somalia und Djibouti. Seit der Unabhängigkeit Eritreas (1993) verfügt Äthiopien nicht mehr über einen Zugang zum Roten Meer.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia, die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen. Äthiopien gilt auf Grund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus. International wird die Regionalmacht überwiegend als Stabilitätsfaktor und Konfliktschlichter gesehen. Die Nachbarstaaten hingegen nehmen die Politik Addis Abebas eher als bedrohlich wahr, weil das Land vielfach mit eigenen Interessen an Konflikten beteiligt ist.

Das Nachbarland Somalia ist in verschiedene Machtbereiche zerfallen und gilt seit über zwanzig Jahren als gescheiterter Staat. In den vergangenen Jahren prägen die Situation dort insbesondere der starke Anstieg der Piraterie im Golf von Aden und im Indischen Ozean, der Einfluss radikal islamistischer Kräfte sowie die wiederkehrenden Hungerskatastrophen. Seit August 2012 hat Somalia wieder eine „permanente“ Regierung in Mogadischu, die von westlichen und afrikanischen Staaten, unter anderem auch Äthiopien, im Kampf gegen die al-Shabaab-Milizen unterstützt wird. Der anfängliche Optimismus über die Regierung unter Präsident Hassan Sheikh Mahamoud hielt nur bis Mitte 2013 an. Spätestens seitdem wurde sichtbar, dass es der Regierung nicht gelingen wird, die Sicherheitslage in Mogadischu zu verbessern. Die Terrororganisation al-Shabaab kontrolliert trotz einer erheblichen Ausweitung und personellen Verstärkung der AU-Mission in Somalia (AMISOM) weiterhin Gebiete im Süden sowie im Umland der Stadt. Durch seine militärischen Erfolge verfügt al-Shabaab schätzungsweise noch über 3000 bis 7000 Kämpfer. Mittlerweile konzentriert sich die Organisation auf komplexe Terrorattacken sowohl in Somalia als auch zunehmend im Ausland. Im Februar 2012 gab sie offiziell den Beitritt zum Netzwerk der al-Qaida bekannt. Im November 2015 verübte die Terrormiliz einen schweren Anschlag auf ein Hotel in Mogadischu. Dabei kamen rund 15 Menschen ums Leben.

Auch in dem seit 2011 unabhängigen Südsudan ist die Lage weiterhin angespannt und ein Frieden in weite Ferne gerückt. Unstimmigkeiten in der regierenden Partei SPLM führten im Dezember 2013 zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt innerhalb der staatlichen Sudan People's Liberation Army (SPLA). Bis heute halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der auf Seiten der Regierung von Präsident Salva Kiir agierenden SPLA und der Sudan People's Liberation Army in Opposition (SPLA-IO) auf Seiten des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar an. An der Grenze zwischen Sudan und Südsudan kämpfen beide Staaten mit militärischen Mitteln um das ölreiche Ge-

biet Abyei, dessen Zugehörigkeit umstritten bleibt. Ein für Januar 2011 geplantes Referendum über den Status der Region wurde nicht durchgeführt.

Im Sudan kam es zuletzt im September 2014 in der Hauptstadt Khartum zu teils gewaltsamen Demonstrationen. Seit 2012 protestieren Menschen dort gegen staatliche Repression, Preissteigerungen und Sparmaßnahmen der Regierung und werden von den Sicherheitskräften gewaltsam unterdrückt. Auch die Region Darfur kommt nicht zur Ruhe, hier herrschen weiterhin militärische Auseinandersetzungen und Banditen treiben ihr Unwesen. Beide Konflikte stellen für Äthiopien eine große Bedrohung dar: So agiert die islamistische Terrororganisation al-Shabaab im Kontext fehlender staatlicher Strukturen vor Äthiopiens Grenzen, verübt zunehmend Anschläge in der Region und droht Äthiopien wegen der Entsendung von Soldaten nach Somalia sowie der Kooperation mit der Zentralregierung in Mogadischu und internationalen Akteuren mit Vergeltung. Der Konflikt im Südsudan wirkt sich insofern auf Äthiopien aus, als dass die Grenze zwischen Gambella und Jonglei als porös gilt und ein Übergreifen der Gewalt nicht auszuschließen ist. Äthiopien engagiert sich seit Jahren als Vermittler zwischen Sudan und Südsudan.

Weiter verkompliziert wird die Lage über 253.000 Flüchtlinge aus dem Südsudan und 36.000 Flüchtlinge aus dem Sudan, die infolge der Auseinandersetzungen nach Äthiopien kamen. Bei den im Januar 2014 in Addis Abeba begonnen Friedensgesprächen zwischen den südsudanesischen Konfliktparteien engagiert sich das Land; die Gespräche scheiterten jedoch im August 2015.

Grenzkonflikte

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskampf zwischen Eritrea und Äthiopien entstand 1993 der eigenständige Staat Eritrea. Bis heute besteht jedoch der Grenzkonflikt zwischen beiden Staaten fort. 1998 mündete dieser in einem erneuten, bis zum Jahr 2000 anhaltenden Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea. Der Internationale Gerichtshof entschied 2002 im Grenzkonflikt zugunsten Eritreas, indem es ihm den Ort Badme zusprach. Äthiopien erkennt das Urteil jedoch bis heute nicht an. Zuletzt kam es im März 2012 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, als äthiopische Truppen eritreische Militärbasen nahe der Grenze angriffen.

Zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens (Ägypten, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda) herrscht aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs ein Streit um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses. Insbesondere zwischen Äthiopien und Ägypten schwelte ein Konflikt, da die äthiopische Regierung den Bau eines Riesenstaudamms vorantrieb, durch den sich Ägypten in seiner Existenz bedroht sah. Zwei Jahre lang hatte Sudan zwischen Ägypten und Äthiopien vermittelt, bis Kairo ein sah, dass der in Äthiopien geplante Renaissance-Staudamm am Blauen Nil mehr Nutzen bringt als Schaden. Der Renaissance-Staudamm ist ein gewaltiges Projekt. Er wird den Blauen Nil auf knapp zwei Kilometer Länge aufstauen, und die Turbinen in den Stau-mauern sollen bis zu 6000 Megawatt Strom liefern. Am 23.03.2015 einigten sich die Präsidenten Ägyptens, Äthiopiens und Sudans auf die "Khartum-Erklärung" zu den Prinzipien der Kooperation am Blauen Nil verständigt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Äthiopien befinden sich derzeit keine ausländischen Militäreinheiten, allerdings befanden sich von 2011 bis Januar 2016 einige MQ-9 Reaper Drohnen der US-Armee auf äthiopischen Territorium, die im Rahmen der regionalen Kooperation gegen die somalische Terrormiliz al-Shabaab eingesetzt wurden. Anfang 2016 wurden diese Drohnen-Operationen jedoch eingestellt, auf Bitte der äthiopischen Regierung. Experten zufolge könnte die plötzliche Schließung der Basis in Arba Minch ein Resultat politische Uneinigkeit zwischen den USA und Äthiopien sein,

In Äthiopiens Nachbarschaft sind AU und UN Truppen in Sudan (UNAMID/UNISFA) und Somalia (AMISOM) stationiert. Die African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur (UNAMID) wird durch militärisches und polizeiliches Personal aus zahlreichen Staaten weltweit unterstützt. So sind neben den afrikanischen Staaten Ägypten, Äthiopien, Burkina Faso, Burundi, Gambia, Ghana, Kenia, Lesotho, Mali, Namibia, Nigeria, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Togo, Tansania, Sambia und Simbabwe auch Bangladesch, Bolivien, China, Ecuador, Indonesien, Iran, Kambodscha, Kirgisistan, Malaysia, die Mongolei, Nepal, Pakistan, Palau, Peru, Südkorea, Thailand, Jemen und Jordanien mit militärischem Personal vertreten. Auch Deutschland unterstützt als einziger europäischer Staat die Mission. Rein polizeiliches Personal stellen neben diesen Staaten auch Kamerun, die Republik Fidschi, Jamaika, Madagaskar, Malawi, Tadschikistan, Tunesien sowie die Türkei. Im Sudan sowie dem heutigen Südsudan ist zudem die UN Interim Security Force for Abyei (UNISFA) mit etwas über 4.000 Personen aktiv, die aus Afrika, Asien und Südamerika entsandt wurden.

Im Rahmen der African Union Mission in Somalia (AMISOM) sind neben äthiopischen Soldaten größtenteils Truppen aus Uganda, Burundi, Djibouti, Kenia und Sierra Leona im Einsatz.

Gefahr von Technologiepiraterie

Zu Äthiopien liegen keine Informationen vor.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 8

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (April 2017)

Die Beziehungen zu den Nachbarländern am Horn von Afrika und zu den internationalen Geberländern, vor allem den USA und den EU-Mitgliedstaaten, haben Vorrang in der äthiopischen Außenpolitik. China und Indien nehmen eine zunehmend wichtige Rolle ein. Daneben sucht das Land gute Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie der Türkei, Russland und Japan. In der Afrikanischen Union (AU) spielt Äthiopien eine führende Rolle. 2013, im Jahr des 50-jährigen Jubiläums der Organisation, hatte Äthiopien die Präsidentschaft der AU inne, die es turnusgemäß beim AU-Gipfel im Januar 2014 wieder abgegeben hat. Der ostafrikanischen Regionalorganisation IGAD (Inter-Governmental Authority on Development) sitzt Äthiopien seit Jahren vor und war damit zuletzt führend an Verhandlungen zwischen den südsudanesischen Konfliktparteien beteiligt. Äthiopien hat insgesamt circa 7.600 Soldaten zu den UN-Missionen UNAMID (United Nations Assistance Mission in Darfur), UNISFA (United Nations Interim Security Force for Abyei) sowie UNMISS (United Nations Mission in South Sudan) abgestellt und ist damit viertgrößter UN-Truppensteller sowie größter UN-Truppensteller Afrikas. Nimmt man die 4.400 bei AMISOM (African Union Mission in Somalia) im Einsatz befindlichen Soldaten noch hinzu, so ist Äthiopien weltweit der bei Weitem größte Truppensteller für friedenserhaltende Maßnahmen. Die Beziehungen zu Eritrea sind seit dessen Unabhängigkeit von Äthiopien im Jahre 1993 ein bestimmendes Element der Außenbeziehungen des Landes. Die nach dem Sturz des Derg-Regimes zunächst guten Beziehungen zwischen der neuen äthiopischen Regierung und der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung verschlechterten sich nach der einvernehmlichen Abspaltung Eritreas zunehmend. Ein blutiger Grenzkrieg ab 1998 wurde durch den Waffenstillstand vom 18.06.2000 und den Friedensvertrag von Algier vom 12.12.2000 beendet. Zu Beginn des Jahres 2012 kam es zu einer erneuten Verschärfung der Beziehungen zu Eritrea, dem Äthiopien eine (Mit-)Täterschaft bei einem Überfall auf westliche Touristen im Nordosten Äthiopiens unterstellt hatte. Bei dem Angriff waren mehrere Personen getötet beziehungsweise entführt worden. Äthiopien griff kurz nach Ende der Entführungslage im März 2012 mehrere eritreische Militärlager an, in denen nach äthiopischer Auffassung Eritrea Aufständische für terroristische Aktivitäten in Äthiopien ausbilde. Auch im Mai 2012 kam es im Raum Badme zu Gefechten zwischen beiden Staaten. Zuletzt bestätigten beide Seite zum Teil heftige Kampfhandlungen in der Grenzregion am 12. und 13.06.2016 mit mehreren Toten. Erneute Zusammenstöße können nicht ausgeschlossen werden. Äthiopien engagiert sich seit Jahren (sowohl bilateral, als auch im Rahmen von IGAD) als Vermittler zwischen Sudan und Südsudan. Die Beziehungen zu Dschibuti sind geschäftsmäßig. Das Verhältnis zum südlichen Nachbarn Kenia ist trotz gelegentlicher grenzüberschreitender Auseinandersetzungen innerhalb der lokalen Ethnien gut. Äthiopien ist in die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) einbezogen und hat auch das Cotonou-Abkommen vom 23.06.2000 ratifiziert. Im Rahmen dieses Abkommens war Äthiopien im Jahr 2012 der größte Hilfsempfänger (ODA-Zahlungen). Darüber hinaus profitiert Äthiopien von weiteren Unterstützungsprogrammen der Europäischen Kommission (z.B. Stabilitätsinstrumente, Humanitäre Hilfe).

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/aethiopien-node/-/209756>

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist dem aktuellsten Antiterrorismusabkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Auch zwei Konventionen von 1987 und 1998 hat Äthiopien nicht unterzeichnet, während das Land allen weiteren Abkommen angehört.

Äthiopien fürchtet aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamisten in Somalia einen Übergriff des Terrors auf das eigene Land. Der Hass der Islamisten begründet sich auch durch die Beteiligung Äthiopiens an der Friedensmission in Somalia. Dort ist seit langem unter anderem die radikale Bewegung al-Schabaab aktiv.

Nur einen Monat nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum im Nachbarstaat Kenia im September 2013 konnte ein Bombenanschlag in Addis Abeba verhindert werden. Am 3. Juni 2014 gab das äthiopische Staatsfernsehen die Festnahme eines von al-Shabaab angeworbenen Terroristen, der Anschläge im Lande geplant haben soll, bekannt. Doch schon in Juli und November 2015 kam es zu weiteren Terroranschlägen: Die al-Shabaab Miliz bekannte sich zu zwei Attentaten auf ein Hotel in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Zudem ist die somalische Terrororganisation al-Ittihad al Islamiyya (AIAI) in der Region aktiv.

Die Angst des Staates vor Terrorismus geht mit einer zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produziert. Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinschaft, die etwa 34 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, geraten immer wieder unter Generalverdacht, radikalen Strömungen anzugehören und Äthiopien in einen islamischen Staat verwandeln zu wollen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Kundgebungen der muslimischen

Gemeinschaft, mit denen sie gegen die Einmischung der Regierung in religiöse Angelegenheiten protestierten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist der internationalen Konvention zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie den zugehörigen Zusatzprotokollen beigetreten. Dies ist besonders bedeutend vor dem Hintergrund, dass Äthiopien wie der gesamte ostafrikanische Raum erheblich von dem Problem der transnationalen organisierten Kriminalität betroffen ist, die insbesondere Menschenschmuggel betreibt. Laut Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNDOC) sind von 2009 bis 2013 zwischen 25.000 und 30.000 Menschen aus Äthiopien von Schleppern vom afrikanischen Kontinent über den Golf von Aden bzw. das Rote Meer beispielsweise in den Jemen befördert worden, um von dort aus unter anderem nach Saudi-Arabien und Israel, teilweise auch nach Europa, zu gelangen. Eine Vielzahl dieser Migranten gerät dabei allerdings regelmäßig in die Hände von Kriminellen, die sie gefangen halten und misshandeln (Schläge, Vergewaltigung) und von den Angehörigen der Opfer hohe Summen erpressen wollen. Seit den 1980er Jahren stellt zudem der Heroinschmuggel eine große Herausforderung für Ostafrika dar, das sowohl als Empfänger- als auch als Transitregion für Ladungen aus Zentralasien nach West- und Südafrika gilt. In den vergangenen Jahren scheint sich dieser Bereich der organisierten Kriminalität abermals ausgeweitet zu haben. Auch der Elfenbeinhandel sowie die Piraterie vor den Ufern Somalias stellt die Region vor Probleme.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Äthiopien übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten, noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Das Land ist zudem Mitglied des "Nairobi Protocol for Prevention, Control in Reduction of Small Arms and Light Weapons in the Great Lakes Region and the Horn of Africa" und hat dadurch zahlreiche Klein- und Leichtwaffen zerstört sowie eine Reihe von Personen festgenommen, die versucht haben illegal Waffen auszuführen. Über die Anwendung der Gesetze in der Praxis ist jedoch nur wenig bekannt. Unzureichende Markierungsstandards können den illegalen Export, besonders von Klein- und Leichtwaffen, nicht verhindern. Trotz der auf dem Papier existierenden guten Standards, ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem. Die Nachrichtenlage ist generell unzureichend, nur wenige Informationen dringen nach außen.

Es ist allerdings anzunehmen, dass Waffen zwischen Liberia und Äthiopien sowie zwischen Äthiopien und Eritrea geschmuggelt werden. Zudem gab es in der Vergangenheit mehrere Fälle, in denen Klein- und Leichtwaffen (SALW) über die Grenze mit Sudan ins Land gebracht wurden. Im Dezember 2007 vernichtete Äthiopien rund 13.000 SALW. 2006 klagten 83 somalische Anwälte im Exil Äthiopien an, paramilitärische Gruppen in Somalia illegal mit Waffen zu versorgen und dadurch ein 13-Jahre altes UN-Embargo zu verletzen. Das Parlament dementierte diesen Vorwurf.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2017)

Äthiopien ist bei etwa 99,3 Millionen Einwohnern mit einem jährlichen Brutto-National-Einkommen von 830 US-Dollar pro Kopf (2017, GTAI, geschätzt) eines der ärmsten Länder der Welt, auch wenn das Wirtschaftswachstum in den letzten zehn Jahren wesentlich über dem regionalen und internationalen Durchschnitt lag. Ein signifikanter Teil der Bevölkerung lebt unter der absoluten Armutsgrenze (gemäß aktueller Weltbank-Daten vom Januar 2015 lebten im Jahr 2011 30,7 Prozent von weniger als 1,25 USD pro Tag, 2005 waren es noch 39,0 Prozent). Im Human Development Index 2015 liegt Äthiopien auf Platz 174 von 188 Ländern. Die strukturellen Probleme - Auswirkungen wiederkehrender Dürreperioden auf die Landwirtschaft, rasches Bevölkerungswachstum und daraus resultierende Folgen für Wirtschaftswachstum, fortschreitende Bodenerosion und Ressourcenmangel - bleiben trotz großer Anstrengungen ungelöst. Das Bruttoinlandsprodukt 2016 ist im Vergleich zu 2015 (61,6 Milliarden US-Dollar) auf 63,8 Milliarden US-Dollar weiter gestiegen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist im gleichen Zeitraum von 686,60 auf 759,90 US-Dollar gestiegen. Die jährliche Inflationsrate lag 2015 bei 10,1 Prozent. Dies ist eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu der Inflationsrate von 15 Prozent im Jahre 2012. Das Wirtschaftswachstum lag 2016 bei 9,1 Prozent (CIA Factbook). Im Rahmen des 2015 verabschiedeten Growth and Transformation Plan II (GTP II) verfolgt die äthiopische Regierung einen Wachstumskurs, der auf der Grundlage des Modells des "developmental state" - einer staatsgelenkten Wirtschaft - durch klare Zielvorgaben, Ausbau der verarbeitenden Industrie, Exportorientierung und durch landwirtschaftliche Industrialisierung Äthiopien bis 2025 zu einem "middle-income country" machen soll. Allerdings bleiben die Probleme der äthiopischen Wirtschaft sowohl aufgrund der geographischen Bedingungen als auch finanziell und strukturell bestehen. Wichtigste Investoren und Firmen stammen aus China, Indien, Türkei, und der Europäischen Union (hier vor allem Italien, Holland, Schweden, Deutschland, Frankreich, Großbritannien). Ein starker Devisenmangel und eine allgemeine Kreditknappheit gefährden zunehmend die wirtschaftlichen Ziele der Regierung. Viele Großprojekte werden aufgrund des hohen Finanzierungsbedarfs absehbar nicht planmäßig fertiggestellt werden. Der wichtigste Erwerbszweig bleibt die Landwirtschaft mit 81 Prozent der Erwerbstätigen, die 2015 rund 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzeugten (GTAI). Von der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion hängt die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ab. Viele Kleinbauern können sich und ihre Familien mit ihrer Ernte nicht ganzjährig ernähren. Jährlich erhalten daher rund 3 Millionen Äthiopier Nahrungsmittelhilfe zur Überbrückung ihrer Engpässe, weitere ca. 8 Millionen werden über das staatliche Productive Safety Net Programme (PSNP, Landwirtschafts- und Sozialprogramm) 6 Monate im Jahr durch Cash-for-Work oder auch direkte Nahrungsmittelhilfe unterstützt. Das rasche Bevölkerungswachstum trägt zum Verharren in Armut bei, wobei die Zuwachsrate von 2,9 Prozent (2016) etwa dem afrikanischen Durchschnitt entspricht. Nach Nigeria stellt Äthiopien jedoch bereits jetzt mit 99,3 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Bevölkerung des Kontinents, die sich, ein weiteres Wachstum dieser Größenordnung vorausgesetzt, in knapp 30 Jahren verdoppelt haben wird. 2050 wird das Land zu den zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Welt gehören.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/aethiopien-node/-/209506>

Tabelle 15

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

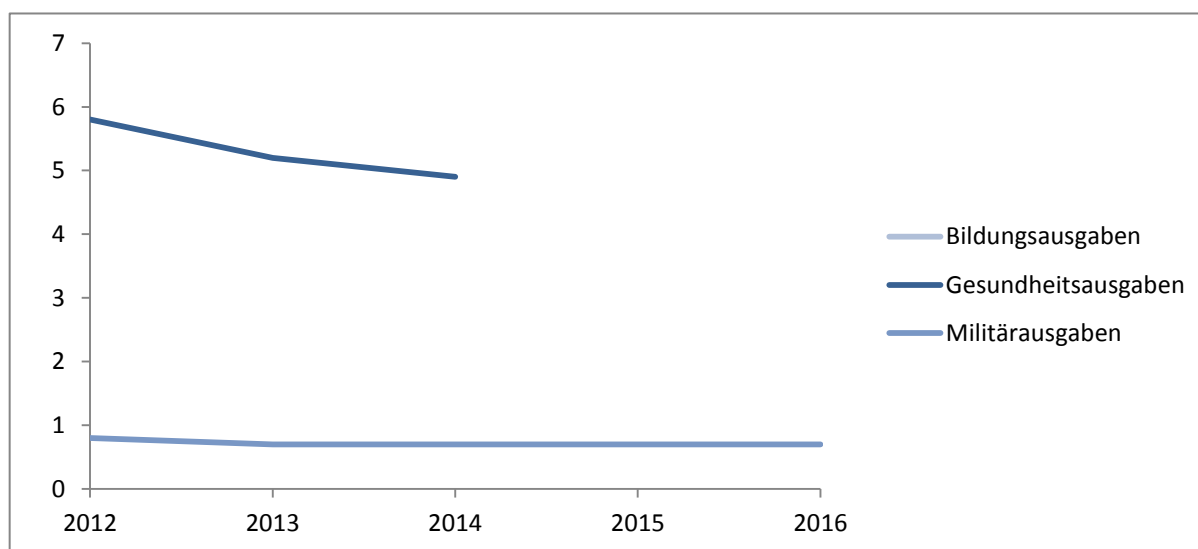
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	401	400	434	443	448
Militärausgaben/BIP	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Gesundheitsausgaben/BIP	5,8	5,2	4,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	4,5	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung (HIPC-Status)	10796	12792	16606	20414	22745
Anteil am BIP (in Prozent)	24,25	26,39	29,88	-	31,80
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1716,59	1812,88	1780,68	1854,51	-
Net ODA (% of GNI)*	4,16	4,03	3,45	3,03	-
Deutsche ODA Zahlungen*	106,76	74,51	49,73	49,12	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015). HIPC – Heavily Indebted Poor Countries.

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	513	510	509	505	499
Index-Platzierung	118	115	112	116	116

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Djibouti	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Eritrea	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Kenia	Militarisierungswert	471	466	456	455	452
	Index-Platzierung	133	131	129	131	131

LÄNDERBERICHT \ ÄTHIOPIEN

		2012	2013	2014	2015	2016
Somalia	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Sudan	Militarisierungswert	78	66	118	130	137
	Index-Platzierung	716	-	-	691	637
Südsudan	Militarisierungswert	607	592	573	576	537
	Index-Platzierung	65	74	80	81	97

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 19

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Djibouti	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Eritrea	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Kenia	Militärausgaben (absolut)	871	860	782	844	908
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,6	1,3	1,3	1,4
Somalia	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Sudan	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	2280	2465
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	3,0	3,1
Südsudan	Militärausgaben (absolut)	1105	1098	1410	1152	525
	Militärausgaben/BIP	9,5	7,2	8,1	8,7	3,7

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.422	0.429	0.435	0,442	0,448

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Seit 1991 führte Äthiopien tiefgreifende Strukturreformen durch und stellte von einer Planwirtschaft auf eine offene Wirtschaftsform um. Die Preisfreigabe und der Aufbau von Privatunternehmen brachten spürbare Verbesserungen für die Bevölkerung. Allerdings bestehen bis heute staatlichen Monopolunternehmen und das Verbot von Landbesitz, so dass Politik und Bürokratie noch immer einen beträchtlichen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben.

Äthiopien ist noch immer eines der ärmsten Länder der Welt (LLDC). Seit 2003 konnte es jedoch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 11 Prozent verzeichnen, das beträchtlich über dem internationalen Durchschnitt lag. Im Jahr 2015 betrug das Wirtschaftswachstum 8,67 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt belief sich dabei auf 63,02 Mrd. US-Dollar. Dennoch stellen ein rasantes Bevölkerungswachstum, wiederkehrende Dürreperioden (zuletzt 2011), die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft und Gesellschaft dar. Sie sind umso einschneidender als rund 81 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten, die fast die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes generiert.

Äthiopiens Wirtschaft leidet unter hohen Leistungs- und Handelsbilanzdefiziten und ist erheblich von Importen (Nahrungsmittel, Maschinen, Kraftfahrzeuge) abhängig. Das Land exportiert weitaus weniger als es importiert. Seit dem Jahr 2010 verfolgt Äthiopien deshalb den Growth and Transformation Plan (GTP), dessen Leitlinien den Ausbau der verarbeitenden Industrie, der landwirtschaftlichen Industrialisierung sowie die Exportorientierung vorsehen. Exportgewinne werden derzeit vor allem durch den Verkauf von Kaffee, Gemüse, Ölsaaten, Blumen und Vieh erzielt. In den Jahren 2013 und 2014 sind die Exportgewinne des Landes erstmals seit vielen Jahren zurückgegangen.